

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1948

12 (24.3.1948)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 3, Nr. 12

Mannheim, 24. März 1948

Preis 15 Pfg.

Zweiter Deutscher Volkskongreß im Geiste des 18. März

Vier bedeutsame Reden — Walter Ulbricht unterbreitet „Gesamtdeutsches Wirtschaftsprogramm“
Aufruf zur nationalen Selbsthilfe in ganz Deutschland!

2200 Delegierte und Gäste aus allen Teilen Deutschlands vereinigte der 2. Deutsche Volkskongreß am 18. und 19. März in Berlin. Vier große Reden wurden gehalten. Otto Nuschke (CDU), der Präsident des Kongresses, begegnete tosendem Beifall bei seinen Worten: „In dieser Schicksalsstunde scheiden sich die Geister! Im Westen spricht man von einer Notlösung, während es eine Notlüge ist zur Bewichtigung des eigenen schlechten Gewissens! Wenn die deutschen Parteiführer sich nicht einigen können, das deutsche Volk ist einig und bereit, in einem Volksentscheid sein Bekenntnis zur deutschen Einheit abzulegen!“

Otto Grotewohl rief mahnend den Delegierten zu: „Wenn Deutschland wieder träge stehenbleibt, läuft es endgültig Gefahr, diesmal alles zu verlieren.“ Es gälte, „das Vermächtnis unserer Väter einzulösen und die unteilbare demokratische Republik zu schaffen“.

Dr. Wilhelm Külz (LDP) sprach mitreißend und überzeugend: „Die Kämpfer auf den Barrikaden von 1848 konnte man töten, aber den Willen zur deutschen Einheit nicht mehr! Was 1848 unvollendet blieb, müssen wir nunmehr vollenden. Denn wir wollen leben, wir müssen leben und wir werden leben!“

Die Lehren aus der Märzrevolution des Jahres 1848 zog in anschaulicher Weise Universitätsprofessor Erich Fasser (CDU): „Die Revolution hat Deutschland übersprungen. Deutschland ist zwischen den Westen (1789) und den Osten (1917) geraten.“ Er schloß seine Ausführungen mit den Worten: „Wenn sich der Deutsche Volkskongreß für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Frieden einsetzt und es mit radikaler Ehrlichkeit tut, dann ist die richtige Lehre aus den verschiedenen verpaßten Revolutionen gezogen. Wir selbst, als Anhänger des Volkskongresses, sind dabei, diese Folgerungen zu ziehen, dem Volk voranzugehen in seinem Hoffen auf Einheit und Frieden, und das ist schon des Lebens wert.“

Wilhelm Pieck leitete am zweiten Tag den Deutschen Volkskongreß. Im Mittelpunkt des Tages stand die Rede Walter Ulbrichts über das „Programm des demokratischen Neuaufbaues“. Er übte scharfe Kritik an der Frankfurter Spaltungspolitik und dem Marshallplan. Seine Behauptungen waren mit einem ungeheuerlichen Tatsachenmaterial belegt. Er führte aus: „Bei dem Propagandarummel des Marshallplanes handelt es sich nicht um eine Hilfe für Westdeutschland, sondern um den Absatz amerikanischer Waren zu hohen Dollarpreisen, um die Ausnutzung der Kohle des Ruhrgebiets, um die Ausschaltung der deutschen Konkurrenz, darum, Westdeutschland zu verschulden und es in eine Halbkolonie der USA zu verwandeln.“

Giftgas gegen griechische Freiheitskämpfer

Berlin. (E. B.) Der Sender „Freies Griechenland“ meldete am Sonntag: Einheiten der Athener Regierungstruppen haben am 15. März während ihrer Operation gegen Verbände der demokratischen Armeen in West-Mazedonien Giftgas verwendet. Der Sprecher des Senders erhob scharfen Protest und erklärte, daß die Verwendung von Giftgas ein Beweis für die Ohnmacht der Athener Regierung sei. Die direkte Verantwortung für die Verwendung von Giftgas falle auf die USA-Generale, die die Athener Regierungstruppen in ihrem Kampf gegen die demokratische Armee befehligen.

Walter Ulbricht forderte die Bevölkerung der Bizone auf, den nationalen Widerstand gegen die Kolonisierung mit dem Kampf um die Demokratisierung zu verbinden: „Ein neuer Weg muß beschritten werden, denn die Arbeit des Volkes hat nur einen Sinn, die Anstrengungen sind nur dann erfolgreich, wenn die demokratische Ordnung gewährleistet ist und die Arbeit dem Volke nützt.“ Walter Ulbricht unterbreitete dem Deutschen Volkskongreß ein „Gesamtdeutsches Wirtschaftsprogramm“, mit dessen Durchführung die Versorgung von 69 Millionen Menschen mit 2600 Kalorien im geeinten Deutschland möglich ist. Den reaktionären Kräften, die von Westdeutschland aus den Krieg gegen die Demokratie führen, erteilte er eine scharfe Zurechtweisung: „Mit den amerikanischen Propagandamethoden kann man manche Leute in Deutschland irreführen, die

in der Hitlerzeit das Denken verlernt haben, aber sattmachen kann man damit niemand.“ Walter Ulbricht schloß mit dem Appell: „Vorwärts zur gemeinsamen Arbeit durch die Lösung der großen demokratischen Aufgaben des Neuaufbaues der demokratischen Wirtschaft! Für eine unabhängige deutsche Friedenswirtschaft! Für den Wohlstand des Volkes, für eine glücklichere Zukunft in einem einigen demokratischen Deutschland, für freundschaftliche Beziehungen zu den anderen demokratischen Völkern.“

Die Kundgebung im Anschluß an die Rede Walter Ulbrichts an den Gräbern der Märzgefallenen wurde zu einer überwältigenden Demonstration für die Ziele des Deutschen Volkskongresses, der das Werk der Revolution von 1848 fortsetzt. Die große Gedenkrede hielt Wilhelm Pieck vor 100 000 Berlinern.

Beschlüsse von politischer Tragweite

Volksbegehren!

Der Deutsche Volkskongreß beschließt die Durchführung eines Volksbegehrens für einen Volksentscheid über die Einheit Deutschlands.

Das Volksbegehren soll in der Zeit vom Sonntag, 23. Mai, bis Sonntag, 13. Juni 1948, durch Sammlung von Unterschriften, insbesondere in den Wohnungen und Betrieben, durchgeführt werden. Der Deutsche Volksrat wird mit der Durchführung des Volksbegehrens beauftragt.

Deutscher Volksrat!

Der Deutsche Volkskongreß beschließt die Wahl eines Deutschen Volksrates, bestehend aus 400 Mitgliedern. Der Deutsche Volksrat ist das beratende und beschließende Organ, das zwischen den Tagungen des Volkskongresses tätig ist.

Der Deutsche Volksrat führt den Kampf für die Einheit Deutschlands und für einen gerechten Friedensvertrag.

Der Deutsche Volksrat nimmt aktiven Anteil an allen Fragen, die sich aus der programmatischen Zielsetzung des Deutschen Volkskongresses ergeben.

Zu diesem Zweck werden beim Volksrat Fachausschüsse, bestehend aus etwa dreißig Personen, gebildet, und zwar zunächst: Ausschuß für den Friedensvertrag, Verfassungsausschuß, Wirtschaftsausschuß, Justizausschuß, Kulturausschuß, Ausschuß für Sozialpolitik.

Der Deutsche Volksrat gibt sich für seine Arbeit eine Geschäftsordnung. Er hält ständige Verbindung zu den staatlichen und wirtschaftlichen Organen in allen Gebieten Deutschlands sowie zu den Landesparlamenten

ten und demokratischen Massenorganisationen. Das Publikationsorgan des Volkskongresses und des Deutschen Volksrates ist die Zeitung „Deutschlands Stimme“.

Die Tätigkeit des Deutschen Volksrates wird von einem Präsidium, bestehend aus 29 Personen, mit drei Vorsitzenden an der Spitze, geleitet.

Demokratische Republik!

Der erste Tag des 2. Deutschen Volkskongresses wurde mit der Annahme einer Entschliebung beendet, in der die Ziele des 2. Deutschen Volkskongresses programmatisch dargestellt sind. Die Schaffung einer unteilbaren deutschen demokratischen Republik ist nicht nur das Vermächtnis von Generationen, sondern die aktuelle Aufgabe des deutschen Volkes. Die 1848 begonnene demokratische Umbildung Deutschlands muß nun zu Ende geführt werden. „Die antifaschistische Demokratie muß die Forderung und Sehnsucht aller fortschrittlichen Kräfte unseres Volkes sein. Diese Lehre aus der Vergangenheit... ist der neue Inhalt unserer heutigen geschichtlichen Situation.“ Der Kampf um einen gerechten Frieden ist nicht nur die Sache von Parteien, sondern des ganzen deutschen Volkes. In der Entschliebung wird „zur nationalen Selbsthilfe in ganz Deutschland“ aufgerufen und gegen die Verbote der Volkskongreßbewegung und gegen die Zerstückelung Deutschlands durch das Bizonenstatut vom 9. Februar 1948 protestiert. Die Bildung eines aus vierhundert Mitgliedern bestehenden Deutschen Volksrates wird beschlossen und der Volksrat mit der Durchführung einer eindeutigen Willensäußerung, ob das deutsche Volk die Durchführung einer Volksabstimmung über die Einheit Deutschlands verlangt, beauftragt.

In zwei Stunden 4 315 Unterschriften

Ein Beispiel der Aktivität und des Erfolges der Mannheimer Funktionäre für den Volksentscheid

Die Unterschriftensammlung für den Volksentscheid zur Herstellung der deutschen Einheit macht beachtliche Fortschritte. Die Funktionäre der Kommunistischen Partei Mannheims hatten sich stadtteilweise am vergangenen Sonntag zusammengefunden und in der Zeit von 10 bis 12 Uhr 4315 Unterschriften gesammelt. Daß es in dieser kurzen Zeit möglich war, eine solche hohe Zahl Unterschriften zusammenzubringen, beweist, welches Interesse die Bewegung für den Volksentscheid findet. Das Beispiel der Aktivität der Mannheimer Funktionäre ist eine Mahnung an alle Genossen im Land. Folgt dem Beispiel, verstärkt die Anstrengungen zur Unterschriftensammlung! Es ist die Arbeit für Deutschland, für das Lebensinteresse des schaffenden Volkes.

1848 - 1948

Drei Fragen - drei Antworten

Der „Mannheimer Morgen“ gestaltete in seiner Samstag-Nummer die Frage der 1848er-Revolution höchst aktuell. Dem Oberbürgermeister Dr. Fritz Cahn-Garnier, wie führenden Politikern aller Parteien wurden drei Fragen zur Beantwortung vorgelegt. Die Veröffentlichung gibt ein interessantes Spiegelbild, in welcher Weise die heutigen Politiker zu dem Jahr 1848 stehen und es in seinem geschichtlichen Sinn für die Gegenwart werten. Für die Kommunistische Partei hat die Genossin Annette Langendorf die Antworten gegeben. Wir drucken sie unter Voranstellung der Fragen des „Mannheimer Morgen“ ab.

1. Frage: Halten Sie die Anknüpfung an die revolutionäre Tradition von 1848 trotz der veränderten politischen Voraussetzungen für bedeutungsvoll?

Antwort: Sehr bedeutungsvoll. 1848 gab es einen Metternich, das Haupt der Reaktion in Europa. Der wurde 1848 gestürzt. Den veränderten politischen Verhältnissen von heute entspricht es, die Metterniche der Gegenwart zu erkennen, um auch sie zu stürzen.

2. Frage: Glauben Sie, daß eine dem Impuls von 1848 vergleichbare innere Beteiligung der Bevölkerung heute in Nordbaden vorhanden ist?

Antwort: Nein, das ist nicht der Fall. Wir haben es mit der typischen deutschen Eigentümlichkeit zu tun. Ueber die Vergangenheit träumt man. Für viele ist das Jahr 1848 eine Feiertagsangelegenheit. Die Beziehung zur Gegenwart fehlt. Rückschauend ist man revolutionär, in die Zukunft schauend reaktionär. Das scheint der Typ des Durchschnittsdemokraten von heute zu sein.

3. Frage: Würden Sie heute die Einberufung eines deutschen Vorparlaments nach Frankfurt begrüßen?

Antwort: Nein, das wäre ein Wahnsinn. Es würde dem Rechnung tragen, was mit Bizonencharta und Wirtschaftsrat der Versklavung des deutschen Volkes im Interesse deutscher und internationaler Reaktion dienlich wäre. Warum Frankfurt? Amerika und England zu gefallen? Die Hauptstadt Deutschlands ist Berlin und es ist nicht einzusehen, warum es Frankfurt sein sollte. Vorparlament? Die Zeit war längst reif für ein deutsches Parlament. Daß viele Parteiführer in Deutschland versagten, kann nicht übersehen lassen, daß in der Volkskongreßbewegung Deutschlands die Frage nüchtern gestellt und erfolgreich in Angriff genommen wurde.

Truman-Rede

Stimmen der Kritik

In seiner letzten Rede vor Abgeordnetenhaus und Senat hat Präsident Truman die zeitweilige Wiedereinführung der Militärdienstpflicht vorgeschlagen. Darüber hinaus forderte er die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung und die beschleunigte Annahme des europäischen Hilfsprogramms. Er bezeichnete die von ihm geforderten Maßnahmen als „die dringendsten Schritte für die Sicherung des Friedens“. Um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, malte Präsident Truman das Schreckgespenst des Kommunismus an die Wand und behauptete, „der Kommunismus bedrohe die nackte Existenz der Demokratie“.

Der Präsidentschaftskandidat Henry Wallace macht dazu die Feststellung: „Eigensinnige Männer mit privaten Interessen verwenden das Wort Kommunismus in der Absicht, die Vernunft ihrer Hörer zu umnebeln und durch militärische Vorbereitungen einen dritten Weltkrieg zu provozieren“. Die amerikanische Regierung führe Maßnahmen durch, „als ob sich die Welt bereits in einer unaufhaltbaren Kriegskrise befände“. Rechtzeitiggemäß mutet an, wenn Wallace erklärt: „Wir wissen, daß sich die Idee nicht mit Kanonen bedienen lasse“.

Der Abgeordnete der britischen Arbeiterpartei, Zilliacus, richtete einen scharfen Angriff gegen die amerikanische Politik. „Es ist an der Zeit, offen auszusprechen, daß die aggressive, expansionistische und imperiale“

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

listische Macht, die den Frieden bedroht, heute keine andere als die der Vereinigten Staaten ist."

Der „Daily Worker“, die britische Arbeiterzeitung, schreibt zu den Ausführungen Trumans: „Die Vorbereitungen für einen Interventionskrieg gegen die einfachen Leute in Europa werden beschleunigt. Die westeuropäische Allianz der europäischen Trabanten, mit Frankreich und Großbritannien an der Spitze, ist gebildet worden, und Präsident Truman mobilisiert zu ihrer Unterstützung alle Hilfsquellen des amerikanischen Monopolkapitals.“

„Nichts ist gefährlicher und bedrohlicher als dieser Ton, der von Rede zu Rede schärfer wird“, schreibt die französische „Liberation“. „Die furchtbare Folge ist ein bewaffneter Konflikt, wenn die Völker ihrer Stimme nicht Gehör verschaffen.“ Der Standpunkt der Pariser „Humanité“ ist in den Worten zusammengefaßt: „Die Unterzeichnung des Brüsseler Paktes und die Washingtoner Rede sind nur zwei Seiten ein und derselben Politik, einer Politik der Kriegshetze und der Einmischung des amerikanischen Imperialismus.“

Der Führer der italienischen Kommunisten, Togliatti, stellt im Zusammenhang mit der Truman-Rede und den Drohungen, die im Hinblick auf die italienischen Wahlen am 18. April von amerikanischer Seite ausgesprochen wurden, fest: „Die Demokraten Italiens und der ganzen Welt hoffen, daß sich das amerikanische Volk darüber Rechenschaft ablegt, daß ein Krieg den Untergang bedeutet.“

In der Truman-Rede sieht Pietro Nenni, der Führer der italienischen Mehrheitssozialisten, die Bestätigung, daß die Vorbehalte gegen den politischen Charakter des Marshallplans gerechtfertigt worden seien. Ueber den eventuellen Beitritt Italiens zum westeuropäischen Bündnisystem erklärt er: „Ein solcher Schritt würde aus Italien eine Kolonie des westlichen Kapitalismus und ein Schlachtfeld im Falle eines neuen Krieges machen.“

Pollit über die USA-Außenpolitik

(E.B.) Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei, Pollit, bezeichnen am Sonntag die kürzliche Erklärung von Präsident Truman über Maßnahmen der USA gegenüber Italien als offenkundige Invasion in die inneren Angelegenheiten eines anderen Landes. Truman, so erklärte Pollit, habe mit seiner Kriegsbotschaft der kriegstreiberischen Propaganda, die von den amerikanischen Millionären und Großmagnaten entfesselt wurde, in seiner Eigenschaft als Präsident die Zustimmung gegeben. Großbritannien, das eine gewisse Schlüsselstellung einnahm, drohe in die Vorbereitungen zu einem neuen Kriege verwickelt zu werden.

Zwei unserer Besten —

In Neckarau starb im Alter von 52 Jahren

Genosse Otto Lump.

seit 1921 Mitglied der Kommunistischen Partei, wurde er auf Grund seines aktiven Widerstandes gegen das Naziregime im Oktober 1933 verhaftet und zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt. Anschließend mußte er weitere 7 Jahre im Konzentrationslager Dachau verbringen. Nach seiner Rückkehr in die Heimat stand er wiederum wie ehemals als Funktionär in den vordersten Reihen unserer Bewegung, bis ihn eine Herzkrankheit, eine Folge der KZ-Zeit, aufs Krankenlager zwang. Eine Nierenvergiftung machte seinem Leben ein jähes Ende.

Die Ortsgruppe Leutershausen beklagt den Verlust eines ihrer ältesten Mitglieder.

Genosse A. Fleischmann

hat immer treu zur Sache des Sozialismus gestanden.

Möge das Leben dieser uns unvergänglichen Genossen Vorbild und Ansporn sein.

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 29 000.

100 Jahre Kampf um die deutsche Einheit

Richard Scheringer sprach auf der Kundgebung der KPD in Mannheim

In einer gutbesuchten öffentlichen Kundgebung der Kommunistischen Partei Mannheims zum Gedenken der Märzgefallenen des Jahres 1848 am Samstag, 21. März, im Rosengarten, sprach Richard Scheringer, Mitglied des Landesvorstandes der KPD Bayern.

„100 Jahre Kampf um die Reichseinheit“ war das Leitmotiv der mit großem Beifall aufgenommenen Gedenkrede. Der Referent schilderte die Tragik der geschichtlichen Entwicklung des deutschen Volkes, die ihre Wurzeln bereits in der blutigen Niederschlagung des Bauernaufstandes und der unvollendet gebliebenen 48er Revolution habe. Nur so sei es zu verstehen, daß die Forderungen von 1817 und 1848 bis zum heutigen Tage nicht erfüllt seien. „Genau wie 1848“, so führte der Redner aus, „verbinden sich heute die alten ‚Rückwärtsdreher‘

aus Angst vor der Arbeiterbewegung gegen die deutsche Einheit. Erleichtert wird der Reaktion das Spiel durch die Spaltung der Arbeiterbewegung. Aber es ist nie zu spät, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, die Spaltung zu überwinden, die alten Kräfte zu entmachten und den Weg für eine ungeteilte demokratische Republik freizumachen. — Das Leben geht weiter, die Stürme werden nicht ausbleiben. Wir sind optimistisch, denn wir liegen historisch richtig. Die Zukunft gehört dem Sozialismus!“ Unter begeistertem Beifall schloß Richard Scheringer seine Ausführungen mit den Worten des Arbeiterdichters Dehmel:

„Es fegt der Sturm die Felder rein,
Es wird kein Mensch mehr Hunger
schreien.“

Mahle, Mühle, mahle!“

„Unsere Geduld ist zu Ende“

Weinheimer Arbeiter zum Kampfe bereit

Die Vollversammlung der Betriebsräte und Fachgruppenvorstände des Weinheimer Gewerkschaftsbundes wenden sich in einer Entschliebung gegen die Verschlechterung der Ernährungslage und gegen die deutschen Behörden, die das Schiebertum und den Schwarzhandel nicht unterbinden können und unfähig sind, eine Besserung für die arbeitenden Massen herbeizuführen. „Das sind so unhaltbare Zustände geworden, daß die gutgewillte Arbeiterschaft nicht mehr länger zusieht“, so heißt es wörtlich. „Die Anzeichen von Rebellionen in den Betrieben mehren sich. Wir erklären ausdrücklich, daß es keine kommunistischen Einflüsse und Machenschaften sind. Wir lehnen es ab,

von irgendeiner Partei Richtlinien zu empfangen. Aber die Geduld der Arbeiter ist erschöpft. Wir sind gewillt, zur Selbsthilfe zu greifen, wenn keine durchgreifende Aenderung auf dem ganzen Gebiete erfolgt.“

In der Entschliebung wird den Behörden eine Frist von 1 1/2 Monaten gestellt. Sind dann keine sichtbaren Zeichen zur Besserung vorhanden, dann wird die Arbeiterschaft die Konsequenzen ziehen. Von der Bundesleitung des Gewerkschaftsbundes erwarten die Versammelten ein kräftiges Auftreten und Maßnahmen, die geeignet sind, die Arbeiterschaft im entscheidenden Augenblick in den Kampf zu führen.

Bauern fordern Kontrolle der Industrie

Bauernversammlungen im Bauland

In mehreren großen Bauernversammlungen im Kreise Tauberbischofsheim, einberufen vom Bauernverband, wurden Entschliebungen angenommen, in denen die sofortige Durchführung der Kontrolle bei der gewerblichen Wirtschaft gefordert wird. „Sollte irgend jemand diese Kontrollen, bei denen wir verlangen, daß auch Bauern dabei sind, verhindern, dann werden von derselben Stunde an die Bauern und Landwirte unseres Kreisgebietes in ihrer Gesamtheit jede weitere Kontrolle, gleichgültig von welcher deutschen

Behörde sie durchgeführt wird, ablehnen und verhindern.“

Arbeiter und Bauern sind sich bewußt, wie die vorstehenden Entschliebungen erkennen lassen, daß von den derzeitigen Behörden, Verwaltungen und Regierungen keine ernsthafte Abhilfe zu erwarten ist. Sie wollen deshalb durch Kampf eine Aenderung und Besserung erzwingen. Sie verlangen das Recht der Mitbestimmung, das auch die Kontrolle der Wirtschaft durch die Werktätigen in Stadt und Land selbst mit einschließt.

Beschämende Beispiele der Verhetzung

Nicht das Einfachste aus der Vergangenheit gelernt

Die Verhetzung der Arbeiterschaft treibt bereits wieder beschämende Blüten. Gehässigkeiten scheinen wieder zur täglichen Erscheinung zu werden. Darin liegt eine nicht zu unterschätzende politische Gefahr. Die deutsche und ausländische Reaktion ist keine Drohung der Zukunft, sondern existiert gegenwärtig. Wie vor 1933 braucht die Reaktion die Verhetzung und den Zustand, daß die Arbeiter sich gegenseitig nicht mehr verstehen. Da sollte es einfachstes Gebot sein, bestehende Differenzen sachlich und ohne Gehässigkeit auszutragen. Wir nennen einige der beschämenden Beispiele, die nicht dem Interesse der Arbeiterschaft und dem Sozialismus dienen.

Der Betriebsrat Wagner von Brown & Boveri sprach sich in einer Belegschaftsversammlung gegen die Unterschriftensammlung für die deutsche Einheit aus — er tat es mit wüster Antisowjethetze. Der Betriebsrat Lipps in den Hommelwerken verstieg sich zu der Drohung, die ihm in die Hände kommenden Listen zu zerreißern und ließ — man stelle sich das vor! — Gegenlisten zirkulieren. Der Betriebsratsvorsitzende Sch. Funk vom Rangierbahnhof verlangte die Einstellung der Unterschriftensammlung. Bei der Firma Bopp & Reuther wurde von einem sozialdemokratischen Kollegen, der die Werksbibliothek betreut, die Aufnahme Maxim Gorkis Buches

„Meine Kindheit“ und Ilja Ehrenburgs „Das andere Amerika“ abgelehnt. Der Inhalt beider Bücher sei „politisch tendenziös“. Der sozialdemokratische Leiter der Personalabteilung der Motorenwerke hatte einen ihm zugeleiteten Interzonenpaß für den Betriebsdelegierten zum Volkskongreß am 18. März in Berlin „vergessen“ auszuhändigen. Eine sonderbare Vergeßlichkeit, nachdem tagelang nach dem Paß gesucht worden war und erst ausgehändigt wurde, nachdem man in Erfahrung gebracht hatte, daß er überhaupt vorhanden ist.

Gleich, in welcher Partei ein Mensch steht, die Formen der Auseinandersetzung verlangen Anständigkeit. Wir glauben, daß das mindestens die Lehre ist, die man aus der Vergangenheit ziehen muß. Wie die vorliegenden Beispiele zeigen, ist dies nicht überall der Fall.

Welche politische Armut angesichts der Lebensfragen des deutschen Volkes von diesen Kollegen bewiesen wird, steht auf einem anderen Blatt. Wir wollen es in diesem Zusammenhang nicht erörtern. Y. Z.

Zur Streikfrage in den USA

(E.B.) Die Streiklage in den USA hat sich weiter verschärft. Nach den letzten Meldungen befinden sich nunmehr weit über eine halbe Million Bergleute und Fleischpacker im Aus-

Doppelspiel der CDU

Württembergisch-badischer Landtag

(E.B.) Die Landtagssitzung von Württemberg-Baden am 17. März liefert einen interessanten Beitrag für das Durcheinander der Gesetzgebung in den Ländern der Doppelzone. Weil die amerikanische Militärregierung den ihr vorgelegten Haushaltsplan für 1948 sechs Wochen zurückgehalten hatte, konnten die Abgeordneten dazu keine Stellung nehmen. Er mußte, wie im vergangenen Jahr, als vorläufige Regelung genehmigt werden. Auf diese Weise wurden die verfassungsmäßigen Voraussetzungen durchbrochen.

Der Antrag auf Verlängerung des Gesetzes über Mindesturlaub von zwölf Tagen in Privatbetrieben und im öffentlichen Dienst wurde trotz Widerspruchs der DVP und CDU für die Zeit bis zum 30. April d. J. angenommen und das Gesetz zur nochmaligen Behandlung an den sozialpolitischen Ausschuß verwiesen.

Bei der Debatte um den Hühnerstall des kleinen Mannes wollte Minister Stoß alle Verantwortung für die Anordnung der Ablieferungspflicht nichtlandwirtschaftlicher Hühnerhalter mit 10 Eiern pro Huhn auf seinen Fraktionsfreund im Frankfurter Wirtschaftsrat abwälzen.

Abgeordneter André (CDU) forderte unter Heiterkeitsausbrüchen des Landtages die völlige Aufhebung der Bewirtschaftung, um damit praktisch den Schieberten Tür und Tor zu öffnen. Von der linken Seite des Hauses wurde ihm vorgehalten, daß es doch die Gesetze seines Fraktionskollegen Schlange-Schöningens seien, die er angreife. Er solle also keine doppelte Buchführung treiben. Der Landwirtschaftsminister mußte dazu noch bekanntgeben, daß die Frankfurter bizonale Ernährungsbürokratie nicht nur zehn, sondern sogar zwanzig Eier von den kleinen Hühnerhaltern verlangt. Alle Parteien wandten sich gegen diese unsoziale und unzustimmende Anordnung.

Hauptschriftleiter im Nazireich wird Mitläufer

Der Pg. seit 1933, Mitglied der nazistischen Reichspressekammer und Inhaber des Schriftstellerausweises Klasse A, Alfred Schnauer, hat im Jahre 1935 mit Unterstützung der Landespressekammer das ehemalige Zentrumsmagazin in Tauberbischofsheim gekauft. Bis zum Jahre 1943 zeichnete er als Besitzer, Herausgeber und zeitweiliger Hauptschriftleiter. Seine Zeitung war für die Verbreitung faschistischer Gedanken als sogenannte Heimatzeitung noch besser geeignet als ein offizielles Parteiblatt. Jedoch getreu der Devise: „Die Kleinen hängen man, die Großen läßt man laufen“ wird dieser Nazipropagandist Mitläufer mit der lächerlichen Sühne von 100,- Mark. Die Spruchkammer Tauberbischofsheim legte ihm sogar nahe, sich wegen des seit 1945 erlittenen Schadens — sein Betrieb wurde unter Treuhänderschaft gestellt — an das Ministerium zu wenden.

Ein skandalöser Freispruch!

Der ehemalige Leiter des Landwirtschaftsamttes in Buchen, Walter Schmidt, hatte vom Winter 1946 bis zu seiner Verhaftung im Jahre 1947 sich laufend Eier, Butter, Brot, Speck, Schinken, Schnaps, Most von Landwirten schenken lassen. Er hatte so reichlich, daß er manche dieser leckeren Sachen ansammeln ließ. Die Strafkammer des Landgerichts Mosbach nannte das Verhalten des Angeklagten „skandalös“ und sprach ihn trotzdem frei, unter Aufhebung des auf 4 Monate lautenden Urteils des Amtsgerichts Buchen. Dieser Freispruch eröffnet herrliche Perspektiven für bestechliche Beamte, Schwarzhändler und Schieber.

Achtung Buchenwaldfahrer!

Alle Kameraden, die an der Fahrt nach Buchenwald zum Befreiungstag am 9.—11. April 1948 teilnehmen wollen, werden gebeten, sich sofort bei der Kreisstelle der VVN in Mannheim, Luisenschule, Zimmer 19, schriftlich zu melden. Abfahrt 8. April, Ankomst in Mannheim am 12. April.

VVN, Kreisstelle Mannheim.

Die nächste Ausgabe des „Badischen Volksechos“ erscheint erst wieder am 7. April 1948. Die Ausgabe am 31. März 1948 fällt aus.